

BVV Spandau
Ausschusssitzung für Umwelt- und Naturschutz
Mittwoch, den 12.02.2020/ 17.00 Uhr

Zusammenfassung:

Nun liegt die Sitzung des Ausschusses für Umwelt- und Naturschutz unter Vorsitz von Herrn Lukas Korus (AfD) unter Beteiligung von Parteienvertretern der CDU, SPD, AfD und Grünen hinter uns und wir sind vollkommen ernüchert und bestürzt über die Unkenntnis und Verbohrtheit der Ausschussmitglieder und insbesondere des zuständigen Stadtrates Otti und seiner Mitarbeiterin Frau Sorges.

Das auf Antrag der Grünen, Herrn Sonnenberg-Westeson, einer einzelnen Bürgerin ein Rederecht eingeräumt wurde, war nur eine unangenehme Nebenerscheinung, die auch in der erbrachten Form (absolut unqualifizierter Beitrag) von der CDU, Herrn Christian Heck, im Nachgang gerügt wurde.

Bei uns ist der Eindruck entstanden, gerade die Verantwortlichen und auch die meisten Ausschussmitglieder haben sich weder mit dem Inhalt unserer ihnen vorliegenden Petition noch mit der aktuellen Situation am See wirklich auseinandergesetzt. Dem BA und auch den meisten Mitgliedern des Ausschusses geht es ausschließlich darum, stur die früheren Beschlüsse des BA umzusetzen, ohne auf aktuelle Gegebenheiten zu achten.

Unserem Anliegen, mit dem BA gemeinsam ein Schutzkonzept für den See zu erarbeiten, standen anscheinend ausschließlich die CDU-Vertreter nicht von vornherein ablehnend gegenüber. Sie befragten Frau Wagner z.B. dahingehend, für wie viele Seeanrainer sie denn stellvertretend sprechen könne, was den Schluss nahelegte, dass dort Gespräche zugunsten des Sees zwischen Seeanrainern und BA zumindest nicht von vornherein ausgeschlossen wurden, was sie auch im Nachgespräch bestätigten.

Während Herr Otti jeweils Antworten auf Fragen der Ausschuss-Mitglieder nur mit höflichen Leer-Formeln einleitete („Es gibt eine Stringenz in der Entwicklung. In den Jahren 2001, 2008 und 2011 wurden, soweit ich weiß, wichtige Entscheidungen getroffen“ und „Realpolitisch kann von unserem Weg nicht abgewichen werden“), übergab er dann für die Erläuterung dieser Plattitüden immer das Wort an Frau Sorges. Diese schilderte dann jeweils ihr begrenztes Verständnis der Sachverhalte und bezog sich darauf, dass das BA alle bisherigen Klagen für die Stege gewonnen habe und das BA definitiv weiter klagen werde, um die Beräumung des See-Ufers zu erreichen. Erst durch den Einwurf Frau Wagner's, dass lediglich die Wirksamkeit der Kündigung richterlich bestätigt wurde, verbesserte Frau Sorges ihre Darstellung. Das Bezirksamt habe für jedes Grundstück eine Liste mit Bauten (Stege, Uferbefestigungen, Gartenhäuschen), alles werde beräumt. Bisher seien nur 2 Seeanlieger der Räumungsaufforderung nachgekommen.

Auf Frage einer CDU-Vertreterin (Frau Christ), ob denn das BA bei seinen Entscheidungen im Blick habe, dass sich die Situation am See seit Jahren dramatisch verändere und insbesondere der Wasserstand erheblich gefallen sei, antwortete Frau Sorges:

:-“Der Wasserstand des Sees sinke bereits seit 1970, das sei keine neue Entwicklung. Der massive Wasserverlust in den letzten 2 Jahren sei auf trockene Sommer zurückzuführen. Es gebe keine Veranlassung, dass das BA von dem eingeschlagenen Weg, die Stege zu beseitigen, abweiche. Ohne weitere Erläuterung sagte sie, „das Konzept von 2013“ könne „unproblematisch angepasst werden“.

Der SPD-Abgeordnete, Jochen Liedtke, unterstützte massiv das Handeln des BA. Für ihn seien „im Fokus Naturschutzaspekte und die öffentliche Wahrnehmung sowie sehr bedingt die Nutzung des Sees. Er kritisierte, dass von der BI geforderte gemeinsame Aktivwerden mit dem BA passe nicht zu

den bestehenden Interessen-Divergenzen. Man brauche am See nicht die von der BI geforderten „psychologischen Barrieren“ in Form der Stege. Hier wollen die Anwohner nur ihre Pfründe schützen und bestärkt damit die Haltung des Bezirksstadtrat Otti (AfD). Ihn interessieren die Interessen der Öffentlichkeit. Das BA könne den Beschluss aus 2011 nicht umsetzen, weil die Anwohner nicht mitmachen. Also gebe es keinen Raum für gemeinsames Handeln. Der See müsse stegfrei werden. Die Anwohner sollen ihr Handeln überdenken, und zeigte sich mit der Arbeit des Fachamtes soweit zufrieden, es solle seinen Weg fortsetzen.

Das der von uns geforderte aktive Uferschutz gerade im Interesse der Öffentlichkeit ist, fand keinen Raum.

Herr Sonnenberg- Westeson (Bündnis 90/Die Grünen) fragte schließlich das Fachamt, ob denn die von der BI gewünschte Zusammenarbeit mit dem BA rechtlich überhaupt möglich sei.

Herr Otti antwortete, ihm sei nicht bekannt, dass es eine solche Konstellation bereits einmal gegeben habe. Vorliegend gebe es eben gerade keinen Konsens, weshalb man hierüber nicht weiter nachdenken müsse.

Bürgerinitiative-Pro-Groß-Glienicker-See e.V., 13.02.2020